

Antrag 5

Antragssteller: JU Kreisverband Ostholstein

Unwissenheit beim Thema Finanzen effektiv bekämpfen

Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- die Entwicklung einer nationalen Finanzbildungsstrategie durch die KMK zur Kompetenzstärkung der jungen Generation.
- die Einführung eines Finanz- und Börsenführerscheins an weiterführenden Schulen in Schleswig-Holstein, geleitet von neutralem und unabhängigem Personal.
- die Einführung eines Börsenführerscheins an Hochschulen und Universitäten in Schleswig-Holstein.

Begründung:

Die Pandemie und die Energiekrise heizen die Inflation kräftig an, sodass Bürgerinnen und Bürger am Ende jeden Monats weniger Geld zur Verfügung haben. Gerade in einer solchen Situation ist es wichtig, vernünftig mit Geld umzugehen. Doch beim Thema Finanzen haben besonders junge Leute oft gravierende Wissenslücken. Eine Forsa-Umfrage im Auftrag der Union Investment mit mehr als 2.000 befragten Personen im Alter von 18 bis 29 Jahren zeigt, dass nur 19 % gut oder sehr gut in Sachen Geld Bescheid wissen. Die große Mehrheit mit 61 % schätzt ihr Wissen in diesem Bereich lediglich als befriedigend oder ausreichend ein. Ebenfalls zeigt die Umfrage, dass 85 % der jungen Erwachsenen die Schulen in der Pflicht sehen, Wissen zum Thema Finanzen zu vermitteln. Das sind alarmierende Zahlen, die die Politik zum Handeln auffordern.

Aktuell gibt es in Deutschland auf politischer Ebene noch keine nationale Strategie zur Bekämpfung von Wissenslücken beim Thema Finanzen – mit fatalen Folgen. Die Creditreform 2018 stuft rund 1,58 Millionen Deutsche unter 30 Jahren als überschuldet ein. Der Hauptfaktor für Verschuldung ist der Handyvertrag. Der Bund sollte diese Zahlen ernst nehmen und wie über 130 andere Länder der Empfehlung der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) folgen, eine nationale Finanzbildungsstrategie zu entwickeln.

Eine Möglichkeit Jugendlichen Finanzwissen zu vermitteln ist durch die Einführung eines

sogenannten Finanzführerscheins an weiterführenden Schulen. Derzeit wird an Schulen zwar ökonomisches Wissen vermittelt, jedoch kaum bis gar keine praxisnahe Finanzbildung, zum Beispiel, wie man eine Steuererklärung erstellt. Unsere Nachbarn in Österreich haben deshalb einen Finanzführerschein eingeführt. In einer Art Crashkurs wird Schülerinnen und Schülern sowie Auszubildenden in Kleingruppen praxisnahes Wissen und der Umgang mit Geld gezeigt. Vermittelt wird dieses Wissen durch Schuldnerberatungen in Zusammenarbeit mit der Bildungsdirektion. Für Schleswig-Holstein wäre eine Zusammenarbeit des Bildungsministeriums mit der Koordinierungsstelle Schuldnerberatung in Schleswig-Holstein denkbar. Die Umsetzung könnte ähnlich wie zum Beispiel die Aktionstage von "Jugend Gegen Aids" zur Sexualaufklärung ablaufen, nur dann zum Thema Finanzbildung.

Die Vermittlung von praxisnahem Wissen im Bereich Finanzen hört nicht nach Abschluss einer weiterführenden Schule auf. In den letzten Jahren legten so viele junge Menschen wie noch nie zuvor Geld an der Börse an. Das Grundwissen über die Börse, Aktien und ETFs ist in der Gesamtbevölkerung jedoch gering. Ein Weg das zu ändern ist die Einführung eines Börsenführerscheins für Hochschulen und Universitäten. Der Börsenführerschein dient der Vermittlung von Wissen über die Börse, dem Handeln mit Wertpapieren sowie den Zusammenhang von Angebot und Nachfrage und einigem mehr. Bisläng wird ein Börsenführerschein lediglich von Privatpersonen oder Unternehmen, nicht aber von öffentlichen Institutionen angeboten. Dies erachten wir als Problem, da es Raum für unseriöse Coaches und Schneeballsysteme öffnet. Durch einen von offizieller Seite angebotenen Börsenführerschein, kann dies unterbunden und eine neutrale Wissensvermittlung sichergestellt werden. Der Staat sollte an diesem Thema ein Interesse haben, da durch eine bessere Finanzbildung ein verantwortungsvollerer Umgang der Bürgerinnen und Bürger mit Geld erwartet wird. Dies führt hoffentlich dazu, dass weniger Menschen von sozialen Sicherungssystemen abhängig sind und somit zu geringeren Aufwendungen des Staates.